

**Zeitschrift:** ZeitBild

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 10 (1969)

**Heft:** 24

**Artikel:** Das Gespenst der Vergreisung : die Bevölkerungsexplosion findet in Osteuropa nicht statt

**Autor:** Csizmas, Michael

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095601>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut



10. Jahrgang Nr. 24  
Erscheint alle zwei Wochen  
Bern, 19. November 1969

Michael Csizmas

## Das Gespenst der Vergreisung

Die Bevölkerungsexplosion findet in Osteuropa nicht statt

Während die Bevölkerungsexplosion als weltweites Problem überall wachsende Besorgnis auslöst, hat man in der Sowjetunion und in Osteuropa gegensätzliche Sorgen. Hier geht der Trend auf einen anhaltenden Rückgang der Geburtenraten. Diese gehören seit den letzten Jahren zu den niedrigsten der Welt und sinken weiterhin ab. Die Gesellschaft fühlt sich von Ueberalterung bedroht. Heute ist man beim Punkt angelangt, wo man öffentlich die Alarmglocke zieht. Während anderswo die Frage gestellt wird, wie man der Vermehrung des Menschengeschlechts Einhalt gebieten könne, fragen die sowjetischen Wissenschaftler nach dem Rezept, wie man an ihr teilhaben könne. Die Debatte darüber ist eine neue Erscheinung und verdient Aufmerksamkeit. In ihrer Konsequenz muss sie an die sozialen Strukturen rühren und damit eine Thematik anschnneiden, zu der sonst im Laufe der gegenwärtigen Restalinisierung immer mehr Zugänge verschlossen werden.

Für das stetige Sinken der Geburtenraten pflegten in den betreffenden Staaten vier Hauptgründe angeführt zu werden:

- der Frauenüberschuss in der Bevölkerungsstruktur;
- die Möglichkeiten zu legalen Abtreibungen; in dieser Beziehung gelten freilich neuerdings in einigen Staaten wieder bestimmte Einschränkungen;
- die immer verbreitetere Anwendung von Verhütungsmitteln;
- soziale und psychologische Gegebenheiten, wie Wohnungsnot, kleinbürgerliche Besitzmentalität usw.

Am stärksten bemerkbar macht sich der Geburtenrückgang in Ungarn, in der Sowjetunion und in der Tschechoslowakei. Partei- und Staatsfunktionäre dieser drei Staaten haben ihre dies-

bezüglichen Befürchtungen in jüngster Zeit offen und klar zum Ausdruck gebracht. Ihre Darlegungen weisen auf drei negative Folgen hin: Disproportionalitäten in der Arbeitskräftebilanz, Ueberalterung der Bevölkerung, langfristige Schwächung des militärischen Kräftepotentials.

### Prof. Bojarskij: im Hintergrund «brennende soziale Probleme»

In wissenschaftlichen Kreisen der UdSSR sind die demographischen Probleme samt ihren Verflechtungen dieses Jahr überraschend freimütig dargelegt worden. So hat Professor Ja. Bojarskij in einem Interview für die Warschauer «Polityka» am 3. Mai 1969 die Besorgnisse der Führung seines Landes in allen wichtigen Aspekten erklärt.

«Die Demographie ist der brennenden sozialen Probleme wegen bei uns eine unentbehrliche

### IN DIESER NUMMER

<b>Sowjetische Losungen und ihre Bedeutung</b>	5/6
Fortsetzung	
<b>Lateinamerika-Uebersicht</b>	7
Von unserem Korrespondenten aus Montevideo.	
<b>Zusammenhänge</b>	8/9
Unsere redaktionelle Rubrik.	
<b>Koexistenz 1970</b>	
<b>Zur Problematik der Neutralität im Licht des Ost-West-Konflikts</b>	10—13
Von C. D. Kernig	
<b>«Aktive Neutralität»</b>	14
Ein exemplarisches Verhalten am Beispiel Schwedens.	

Bibliothek der  
 Eidg. Techn.  
 Hochschule  
 Leonhardstr. 33  
 3006 Zürich

Wissenschaft geworden», sagte er. Die sowjetische Partei- und Staatsführung habe sich «unter dem Zwang der Realitäten» veranlasst gesehen, die demographischen Verhältnisse des Landes ernsthaft untersuchen zu lassen. Angesichts der ständig rückläufigen Geburtenraten sei es notwendig geworden, *staatlich die optimalen Geburtenziffern festzulegen, die den wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Anforderungen der UdSSR entsprechen.*

Zur Gewährleistung optimaler Geburtenziffern hat die Moskauer Regierung die demographischen Institute des Landes auch beauftragt, Vorschläge zu praktischen Massnahmen einzureichen. Laut Bojarskij hat dieser Auftrag unter anderem auch deshalb seine Schwierigkeiten, weil es zu seiner Lösung einen Einbruch in eine bisherige Tabusphäre braucht, die er allerdings nicht so nennt. Immerhin spricht er davon, dass es gelte, gewissen Widerständen zu begegnen und Ansichten zu widerlegen, die in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren die wissenschaftliche Öffentlichkeit beherrschten.

Tatsächlich hatte man für die sinkenden Geburtenzahlen ausweichende Gründe genannt, um der Sozialkritik keine Türe zu öffnen. Als die Geburtenrate, die 1938 bei 37,5 Promille und 1913 bei 47,0 Promille gelegen hatte, 1955 auf 25,7 Promille abgesunken war, hatte man die Entwicklung schlicht als Folge des Krieges hingestellt. Solche Interpretationen sind, wie auch Bojarskij (heute durchaus in Uebereinstimmung mit andern Demographen) ausdrücklich betont, nicht mehr länger behelflich. Denn bis 1967, dem letzten Jahr, für welches diesbezügliche statistische Angaben erhältlich sind, ist die Geburtenrate bei



Auch in Osteuropa werden sie immer seltener.

Altheimatisches Bild aus «Ungarische Rundschau», Budapest.



Neues Land und neue Familien. Ein zukunftsstrahlend-ideologisches Gemälde aus «Ogonjok», Moskau.

Indessen: Wie realistisch ist solcher sozialistischer Realismus?

In Sibirien zum Beispiel ist es gegenwärtig so, dass Geburtenzuwachs plus sehr nachhaltig geförderte Einwanderung die schleichende Abwanderung kaum aufzuwiegen vermögen. So hat in Sibirien zwar die Zukunft begonnen, aber es fehlen Leute, um sie fortzusetzen.

17,4 Promille angelangt, nachdem sie in der Zwischenzeit ziemlich regelmässig kleiner wurde.

### Die Dialektik von Geburtenrückgang und Geburtenüberschuss

Die tatsächliche demographische Entwicklung in der UdSSR war ziemlich lange dadurch sozusagen getarnt worden, dass die Bevölkerungszunahme konstant geblieben war. Sie lag bis Ende der fünfziger Jahre mit geringen Ausschlägen nach oben oder unten immer um die 17 Promille, was nicht einmal gegenüber der Merk- und Ausgangszahl von 1913 eine Veränderung bedeutete.

Indessen war dieses zusammenfassende Indiz die ganze Zeit über trügerisch. Denn der gleichbleibende Geburtenüberschuss rührte eben nur daher, dass der verbesserte Gesundheitsdienst, der insbesondere einen starken Rückgang der Säuglingssterblichkeit zur Folge hatte, die Sterblichkeitsrate im gleichen Ausmass kleiner werden liess wie die Geburtenrate. Die Zahl der Todesfälle pro 1000 Einwohner und pro Jahr belief sich 1913 auf 30,2, im Vorkriegsjahr 1938 auf 17,5 und 1958 auf 7,2. In jenem Jahr war aber gleichzeitig das vorläufige Optimum dessen erreicht, was man mit den Mitteln des nunmehr im gesamten Unionsgebiet eingeführten Gesundheitswesens erreichen konnte, und seither blieb die Sterblichkeitsrate bei gut 7 Promille ungefähr konstant. 1967 betrug sie 7,6 Promille. Deshalb musste sich auch im letzten Dezennium die sinkende Geburtenrate in einer sinkenden Bevölkerungszunahme ausdrücken, und das ist auch tatsächlich der Fall. Der Geburtenüberschuss von 1959 lag bei 17,4 Promille, derjenige von 1967 bei 9,8 Promille.

Dass die Sowjetunion nunmehr in der Bevölkerungsbilanz sozusagen schweizerische Verhältnisse erreicht hat (die Schweiz hatte 1966 bei einer Geburtenrate von 18,3 und einer Todesrate

von 9,3 Promille einen Geburtenüberschuss von 9 Promille), ist für die sowjetischen Demographen ein geringer Trost. Einmal aus ideologischen Gründen. Der geringe Bevölkerungszuwachs in kapitalistischen Ländern pflegte kommunistischerseits früher als systembedingte Schwäche der kapitalistischen Gesellschaft verstanden zu werden. Sie war eine Folge des dort gezüchteten kleinbürgerlichen Egoismus und ein sicheres Zeichen der Degenerierung und des Niederganges. Ein analoges Phänomen in der Sowjetgesellschaft zu konstatieren, ist deshalb nicht sehr angenehm. Zum andern ist es ja nicht einmal so sehr die erreichte Quote als vielmehr die Tendenz, die beunruhigt. Diese verläuft beispielsweise beim schweizerischen Vergleichsobjekt zurzeit jedenfalls nicht so negativ. Die Promillezahlen für das Jahrzehnt 1950—1960 lauten hier: Geburten 17,3, Todesfälle 9,9, Geburtenüberschuss 7,4. Die weiter oben angeführten Zahlen für 1966 bedeuten demgegenüber sogar einen Fortschritt, wenn unter Fortschritt die Bevölkerungszunahme verstanden wird, wie das der sowjetischen Sicht entspricht.

Gewiss ergibt eine detailliertere Betrachtung, dass der Geburtenrückgang keineswegs alle Gebiete der UdSSR gleichmässig «heimsucht». In den asiatischen Republiken sind die Geburtenzahlen weiterhin ausgeglichen. Alles in allem aber bleiben die sinkenden Raten für die Sowjetunion insgesamt symptomatisch. Was die Gründe für den Rückgang der Geburten betrifft, liegen viele von ihnen auf der Hand. Die Frauen sind heute mehr denn je durch berufliche und gesellschaftliche Verpflichtungen gebunden. Man heiratet meistens viel später als früher. Vor fünfzig Jahren lag in der Sowjetunion das Heiratsalter der Frauen bei 23 Jahren, heute bei 28 Jahren. Dies kommt davon, dass auch die Frauen noch vor der Ehe selbständig werden wollen, ihre beruflichen Studien abschliessen wollen. Die Zeit zur Erwerbung einer fachlichen Ausbildung wird

aber immer länger, und auch viele Berufstätige bilden sich weiter.

Im Jahre 1926 wohnten etwa 18 Prozent der russischen Bevölkerung in Städten, gegenwärtig aber bereits mehr als die Hälfte. Bekanntlich ist die Geburtenfreudigkeit in den Dörfern unverhältnismässig höher als in den Städten, so dass sich die Urbanisierung der Provinz als weiterer Faktor im Geburtenrückgang kundtut.

### «Eine politische Gefahr»

Professor Perewedenzew erblickt in dieser Entwicklung auch eine politische Gefahr, nämlich die potentielle Verminderung des weitreichenden Einflusses der Sowjetunion.

Er ist der Ansicht, dass die Zahl der Bevölkerung auch die Stellung eines Landes in der Welt gewissermassen beeinflussen kann. 1940 machte die Bevölkerung der UdSSR 8,6 Prozent der Bevölkerung der Welt aus, im Jahre 1960 7,2 Prozent und im Jahre 1967 6,9 Prozent. Wenn die Bevölkerung der Welt in den nächsten Jahren — wie bisher — um 2 Prozent zunimmt, kann die UdSSR unter den gegenwärtigen Bedingungen nur eine Zunahme von 1 Prozent aufweisen und wird zu Anfang des 21. Jahrhunderts nur noch 5 Prozent der Weltbevölkerung oder noch weniger ausmachen.

«Sollen wir also nicht gründlich die Folgen des weiteren Rückgangs der Geburten überlegen? Sollen wir nicht eine goldene Mitte zwischen den Interessen der Gegenwart und der Zukunft suchen? Wir brauchen eine wissenschaftlich begründete staatliche Sozialpolitik im Interesse der Förderung der Geburten», verlangt Professor Perewedenzew.

Es ist kaum eine Unterstellung, dass in den Erörterungen von Professor Perewedenzew eine nichteingestandene Angst vor der gewaltigen Menschenexplosion Chinas mitspielt.

### Abhilfe: Verbote nützen nichts, und wirtschaftliche Anreize sind kaum möglich

In der Sowjetunion wird zurzeit darüber debattiert, mit welchen wirtschaftlichen Stimuli man das katastrophale Absinken der Geburtenzahlen verhindern kann. Denn laut Professor Bojarskij können vor allem diese Mittel die optimale Gestaltung der Geburtenzahlen beeinflussen. Er schloss sogar administrative Massnahmen für diesen Zweck als untauglich völlig aus. Seines Erachtens nach hat das Verbot der Schwangerschaftsunterbrechungen im Jahre 1936 nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die Zahl der illegalen Abtreibungen erreichte schon drei Jahre später 36 Tausendstel, hatte also die Zahl der Geburten überstiegen. Die Geburtenfreudigkeit nahm sogar erheblich ab.

Im Jahre 1955 hat das Präsidium des Obersten Sowjets das Abortusverbot aufgehoben und die legalen Schwangerschaftsunterbrechungen erlaubt.

Nun sind sich die sowjetischen Experten darüber einig, dass hier weder Gebote noch Verbote weiterhelfen können. Es ist aber aus der Literatur ersichtlich, dass eine klare Konzeption zur Lösung des Dilemmas in der Sowjetunion bisher nicht vorhanden ist.

Das System der gegenwärtigen Kinderbeihilfen hat nach Bojarskij versagt. Es wird bei der Geburt eines jeden Kindes eine einmalige Kinderbeihilfe ausgerichtet, aber Kinderzulagen wer-

den erst nach der Geburt des vierten Kindes gewährleistet, nämlich in der Höhe von 4 Rubel (nach dem fünften Kind 6 Rubel, nach dem siebenten oder achten Kind 10 Rubel). Nach dem Vorschlag der sowjetischen Experten sollte bereits nach dem dritten oder zweiten Kind eine Kinderzulage entrichtet werden, aber in welcher Höhe oder nach welchem progressiven Schlüssel, dies wurde bisher nicht entschieden.

Ein anderer Vorschlag geht in die Richtung, dass man in der Sowjetunion die ganze Lohn- oder Sozialpolitik anders gestalten solle. Der Lebensstandard müsse nicht so sehr durch Lohnerhöhungen als vielmehr durch die Erhöhung der Kinderzulagen gehoben werden.

Professor Urlanis will jeder Mutter die Möglichkeit gewährleisten, dass sie so lange zu Hause bleiben kann, bis das Kind in einem Kindergarten (3. Lebensjahr) aufgenommen werden kann. Er ist der Ansicht, dass es zwar heute für das Land von Vorteil ist, wenn weniger Kinder da sind und das Sozialprodukt zugunsten der Erwachsenen verwendet werden kann, aber der Staat dürfe nicht nach dem Slogan «après nous le déluge» leben. «Wenn heute die Zahl der Kinder niedrig ist, wer wird morgen uns ernähren?»

### Besiedlungspolitik: schon längst versucht, schon längst ungenügend

Ein weiteres und dringendes Problem ist nach sowjetischer Beurteilung die gleichmässige und rationelle Ansiedlung der Bevölkerung auf dem ganzen Landesgebiet.

Die heutige diesbezügliche Lage gilt als besorgniserregend. 60 Prozent der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion leben auf 10 Prozent des Landesgebietes, und mehr als die Hälfte des Landes wird von nur 10 Prozent der gesamten Bevölkerung besiedelt. Obwohl seit Chruschtschews Zeiten in dieser Hinsicht viel unternommen wurde, hat sich die Situation kaum verbessert. Die Uebersiedlung der sowjetischen Bevölkerung nach dem Fernen Osten und nach Sibirien wird mit allen Mitteln propagiert. Die Neusiedler in Sibirien erhalten schon jetzt 10 Prozent Gehaltszuschuss nach je sechs Monaten, die sie dort verbracht haben. Aus dem Dienst entlassene Soldaten werden kollektiv zur Uebersiedlung nach Sibirien verpflichtet. Studenten und Jugendlichen wird dort Wohnung und Stelle versprochen.

Das Problem ist heute noch keineswegs gelöst. Es ist nach Bojarskij das zweite Hauptproblem der heutigen sowjetischen Bevölkerungspolitik. Die Uebersiedlungsbewegung kann nach seiner Auffassung mit den gegenwärtigen Mitteln für materielle Stimuli keineswegs forciert werden. Die Neusiedler verlangen nämlich nicht nur bessere Löhne, sondern auch bessere soziale Versorgung, die Möglichkeit zur Weiterbildung, zur Kultur und grössere Aufstiegschancen als bisher. Schon heute gehören diese Gebiete zu den bestversorgten in der Sowjetunion, aber die illegale Rückwanderung hält weiter an.

Sehr verschieden sind auch in den einzelnen Republiken der Sowjetunion die Vorstellungen der Ehepaare von der idealen Kinderzahl. Während in Moskau die Zahl der gewünschten Kinder bei 1,6 liegt, möchte man in Nowgorod 2,6, in Riga 1,7, in der Autonomen Republik Udmust 2,5 und in den Dörfern der Lettischen SSR 2,07 Kinder durchschnittlich haben. Eine breitangelegte Meinungsforschung, deren Ergebnisse in Moskau 1968 veröffentlicht wurden, ergab, dass

die meisten sowjetischen Frauen als grösstes Hindernis für die Erhöhung der Kinderzahl den Wohnungsmangel genannt haben. Als zweites Hindernis wurde die Frauenarbeit genannt, die nach allgemeiner Auffassung die Zahl der Geburten zwangsmässig negativ beeinflusst.

### Ungarn: Die 20 Abtreibungen bei einem Mädchen

Die Bevölkerungsprobleme Ungarns sind noch viel besorgniserregender als die der Sowjetunion. Der natürliche Zuwachs von 9—10 Tausendstel der Nachkriegsjahre ist in den letzten Jahren auf 2—4 Tausendstel zurückgegangen. Auch hier gibt es bei berufstätigen Frauen wesentlich weniger Geburten als bei Hausfrauen. Der Anteil der berufstätigen Frauen erhöhte sich in Ungarn z. B. in den Altersklassen 20—29 von 1949 bis 1963 von 39 auf 57 Prozent.

Die ungarischen Presseorgane haben wiederholt beunruhigt auf die Tatsache hingewiesen, dass die jährliche Geburtenrate in Ungarn die absolut genommen niedrigste der Welt sei, während sich die Zahl der Abtreibungen auf 19 pro 1000 Einwohner erhöht habe. Ein Budapester Arzt, Gabor Doros, erklärte, dass «die gegenwärtige Situation ernsthaft Gefahr birgt. Die Gruppe der jüngeren Generation vermindert sich erschreckend schnell, während die Anzahl der älteren Menschen, die unterstützt werden müssen, erheblich zugenommen hat. In einigen Jahrzehnten kann dies zu katastrophalen Auswirkungen führen». Er führte ferner aus, dass etwa 30 000 bis 40 000 junge ungarische Ehefrauen, die keine Kinder haben, sich jährlich zu einer Abtreibung entschliessen. Zoltan Vadas, Leiter der gynäkologischen Abteilung im Ministerium für Gesundheitswesen, berichtete von einer Ungarin, die im Alter von 19 bis 31 Jahren 20 künstliche Schwangerschaftsunterbrechungen vornehmen liess. Doros meinte dazu: «Es wird gegenwärtig als ‚chic‘ angesehen, keine Kinder zu haben.»

Der bekannte Journalist Gyula Fekete meinte, es wäre wohl von den ungarischen Frauen zuviel verlangt, wenn sie vier oder fünf Kinder haben müssten. Zwei oder drei wäre vernünftiger. «Jedenfalls hat die Nation ein Anrecht darauf, dass eine genügende Nachkommenschaft gewährleistet wird», erklärte er.

Die ungarische Regierung erliess 1967 mehrere Verordnungen, welche die Lage der kinderreichen Familien erleichtern. Die Familienzulage wird schon vom zweiten Kind an gewährt und beträgt ansehnliche Summen (nach dem zweiten Kind 300 Forint, nach dem dritten 510, nach dem vierten 680 und nach dem siebten bereits 1190 Forint. Neu ist in Ungarn die Kinderbetreuungshilfe. Sie bezweckt ebenfalls die Erleichterung der Familiengründung. Diese Hilfe können seit Anfang 1967 jene arbeitenden Frauen in Anspruch nehmen, die nach der Geburt zur Pflege ihres Kindes zweieinhalb Jahre Karenzurlaub nehmen. Die Mutter ist im Falle einer weiteren Geburt innerhalb der zweieinhalb Jahre zu einer weiteren Kinderbetreuungshilfe berechtigt.

### DDR und CSSR: das gleiche Lied

Mit solchen Problemen hat sich aber nicht nur Ungarn zu befassen; auch die anderen Staaten des Ostblocks, insbesondere die DDR und die Tschechoslowakei, haben sie.

In der DDR herrscht ein Frauenüberschuss von

1,9 Millionen bei einer Gesamtbevölkerungszahl von etwas über 17 Millionen. Die DDR ist einer der wenigen Staaten, die zwischen 1958 und 1963 einen absoluten Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hatte. Sie hat aber nicht nur eine stetig abnehmende Bevölkerungsrate zu verzeichnen, sondern ausserdem noch eine Ueberalterung ihrer Bevölkerung. Viele der jüngeren Leute flohen noch vor Errichtung der Mauer nach dem Westen. Ein weiterer Faktor war der sich nach dem Zweiten Weltkrieg bemerkbar machende erhebliche Mangel an Männern in heiratsfähigem Alter. Diese Lücke wurde noch immer nicht gefüllt.

Die DDR ist das einzige Land des Ostblocks, das Schwangerschaftsunterbrechungen nicht gestattet. Das DDR-Mutterschutzgesetz von 1950 verbietet bei Strafe jede Schwangerschaftsunterbrechung und gestattet ausschliesslich nur die medizinische Indikation, die allerdings grosszügig gehandhabt wird, wobei die gesamten sozialen Verhältnisse der Frau berücksichtigt werden. Gegenwärtig gibt es jährlich 800 legale und 60 000 bis 80 000 illegale Abtreibungen in der DDR.

Die Bevölkerungszuwachsrate der Tschechoslowakei liegt 7 Promille über der von 1958 bis 1963, und auch hier ist ein Frauenüberschuss von etwas mehr als 300 000 bei einer Gesamtbevölkerungszahl von etwas über 14 Millionen zu verzeichnen. 1962 war die Geburtenrate der CSSR die drittniedrigste der Welt; sie lag nur etwas über der von Schweden und Ungarn. Die Lage hat sich seither nur wenig gebessert. Jährlich werden in der CSSR etwa 80 000 Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen, wenn auch diese Zahl bei weitem nicht die 180 000 Schwangerschaftsunterbrechungen in Ungarn erreicht.

Als einziges Land Osteuropas hat Albanien einen Männerüberschuss zu verzeichnen. Auch gibt es hier keine Probleme bezüglich einer zu niedrigen Geburtenrate. Albanien Geburtenrate beträgt 39,1 Promille, bei weitem die höchste Rate in Europa. Sie wird nur von den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern übertroffen, die sich gegenwärtig mit dem Problem der Ueberbevölkerung zu befassen haben. Die jährliche Zuwachsrate Albanien in der Zeit 1958 bis 1963 betrug 3,2 Prozent und ist die höchste in Europa.

### Polens Sonderstellung: ein ganzes Land voll Jugend

Was die Zahl der Kinder bis zum 15. Lebensjahr betrifft, nimmt Polen in Europa einen Sonderplatz ein: diese Kinder stellen ein Drittel der Bevölkerung dar.

Vor allem ist das auf den hohen Bevölkerungszuwachs bis 1954 zurückzuführen; daraus ergibt sich auch der hohe, etwa 20prozentige Zuwachs in der Gruppe der Erwachsenen im Zeitraum von 1960 bis 1975. Nach Schätzungen wird es 1975 fast 23 Millionen Einwohner im arbeitsfähigen Alter geben, d. h. fast so viel, wie Polen 1946 Einwohner hatte. Unter den Ostblockstaaten ist Polen das Land mit der jüngsten Altersstruktur. Neben einer grossen Kinderzahl hat Polen den niedrigsten Prozentsatz alter Menschen. 1960 gab es lediglich 11,9 Prozent Menschen über 60 Jahre, gegenüber 22,3 Prozent in der DDR und über 16 Prozent in der CSSR und Ungarn.

Seit 1956 vermindert sich allerdings die Geburtenziffer auch in Polen ständig. Während der Zeit 1958 bis 1963 betrug der Bevölkerungszu-



Die Früchte einer energischen Bevölkerungspolitik. In Rumänien konnte Ceausescu diesen Herbst den zwanzigmillionsten Staatsbürger begrüßen.

wachs in Polen jährlich im Durchschnitt 1,3 Prozent. Durch die weit über 250 000 Schwangerschaftsunterbrechungen in den Jahren 1962 und 1963 wurde die Geburtenrate auf 19 pro 1000 Einwohner vermindert.

Die Balkanstaaten Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien haben eine ständige Verminderung ihrer Nachkriegsgeburtenrate aufzuweisen, während in der jährlichen Zuwachsrate der Gesamtbevölkerung in der Zeit 1958 bis 1963 ein geringer prozentualer Anstieg zu verzeichnen war. Auch sie haben sich mit dem gesamteuropäischen Problem einer Ueberalterung der Bevölkerung zu befassen.

#### Abtreibungen:

##### Verbieten, zulassen oder fördern?

Nach der Ansicht des ostdeutschen Gynäkologen Professor Mehlan haben zwei wichtige Ueberlegungen die osteuropäischen Staaten veranlasst, die Abtreibung gesetzlich zu erlauben. Erstens: Die Frau soll vollkommen gleichberechtigt sein. Folglich musste ihr auch freigestellt werden, völlig unabhängig über den Zeitpunkt ihrer Schwangerschaften selbst zu entscheiden. Zweitens: Die illegale Abtreibung musste bekämpft werden. Mit der Legalisierung sollte den Frauen die Möglichkeit gegeben werden, den Abortus in einer Klinik unter optimalen medizinischen Bedingungen durchführen zu lassen.

Trotz dieser Massnahmen gibt es weiterhin zahlreiche illegale Abtreibungen, wie z. B. in der Tschechoslowakei, wo neben 70 000 legalen etwa 5000 bis 6000 illegale Aborte pro Jahr zu verzeichnen sind. In Ungarn wird die Zahl der illegalen Abtreibungen auf etwa 10 000 geschätzt. Der Grund der illegalen Abtreibungen liegt darin, dass viele Frauen ihre Schwangerschaften aus verschiedenen Gründen geheimhalten möchten.

Wenn aber der Eingriff in einer der nächstliegenden Kliniken erfolgt, wird das bald von den lieben Nachbarn in Erfahrung gebracht.

Als Folge der massenhaften und oft wiederholten Abtreibungen haben sich in diesen Ländern manche lästige Begleiterscheinungen gemeldet. Abgesehen von den körperlichen und seelischen Folgen für die Frau hatte in etwa 5 Prozent der Fälle die Abtreibung — trotz den günstigsten Spitalbedingungen — die Sterilität zur Folge.

Die Sterblichkeit beim legalen Abort ist allerdings sehr niedrig. In Ungarn gab es bei 385 000 legalen Abtreibungen in den Jahren 1963/64 nur zwei Todesfälle. Auch in anderen osteuropäischen Ländern ist der Prozentsatz nicht höher.

Wir müssen hier jedoch darauf ausdrücklich hinweisen, dass die gesetzliche Zulassung der Schwangerschaftsunterbrechungen in den meisten osteuropäischen Staaten gegen den ausdrücklichen Widerstand der Gynäkologen und der verantwortlichen Leiter von Frauenkliniken eingeführt wurde. Sie haben, wie beispielsweise in Ungarn die Professoren für Medizin, die Regierung vor den unabsehbaren Folgen dieser Massnahme gewarnt. Aber der Hinweis der Regierung auf die traurige Lage der Volkswirtschaft und schliesslich die Entscheidung der höchsten Parteiorgane mit Hinweis auf das sowjetische Beispiel, wo seit 1955 das Gesetz jeder Frau das Recht auf legale Abtreibung gibt, beschloss die Diskussion.

Rumänien war das erste Land, das aus der Reihe tanzte, und entschied, dieser Lage ein Ende zu bereiten. 1966 beschloss der rumänische Staatsrat das gesetzliche Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung. In seinem diesbezüglichen Referat erklärte Aurel Moga, Minister für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge, dass die Schwan-

gerschaftsunterbrechungen schwerwiegende Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Frauen und ihre biologischen Fortpflanzungsmöglichkeiten hatten. So wurde seit 1957 bis 1966 ein fühlbarer Anstieg der Fälle von sekundärer Sterilität, Bauchschwangerschaften, Frühgeburten, spontanen Fehlgeburten, Infektionen, Blutungen, endokrinen Störungen usw. festgestellt. Vom Oktober 1966 an ist in Rumänien die Schwangerschaftsunterbrechung ausschliesslich als medizinische Indikation gestattet, nämlich nur in den folgenden Fällen:

- wenn die Schwangerschaft das Leben der Frau in einer Weise gefährdet, die durch kein anderes Mittel zu beheben ist;
- einer der Elternteile an einer schweren, erblich übertragbaren oder an einer schweren, angeborenen, Missbildungen verursachenden Krankheit leidet;
- die Schwangere schwerwiegende physische, psychische oder sensorielle Gebrechen aufweist;
- die Frau über 45 Jahre alt ist;
- die Frau vier Kinder geboren hat und für sie sorgt;
- die Schwangerschaft die Folge einer Vergewaltigung oder eines Inzestes ist.

Die rumänischen Massnahmen haben zweifellos eine Zunahme der Geburten bewirkt, und Staatspräsident Ceausescu konnte dieses Jahr dem 20-millionsten Bürger des Landes seine Glückwünsche überbringen.

Durch das energische Durchgreifen wuchs die rumänische Geburtenrate von 14,7 vor zwei Jahren auf gegenwärtig 17,5 pro 1000 Einwohner.

Obleich die meisten osteuropäischen Staaten sich über die Probleme bezüglich der Herstellung und des Vertriebs von Pillen samt Aufklärung der Bevölkerung beklagen, ist die Verwendung von Verhütungsmitteln doch weit verbreitet. Und die allgemein angewandte Methode der Schwangerschaftsunterbrechung bleibt weiterhin bestehen, obwohl die meisten kommunistischen Regimes damit beginnen, eine stärkere Beschränkung auf diesem Gebiet in Erwägung zu ziehen oder teilweise schon zu praktizieren.

Seit einigen Jahren rollt auch in den Staaten Osteuropas die Anti-Babypille-Welle. Vor allem durch die wachsende Zahl von Abtreibungen beunruhigt, sind diese Staaten übergegangen, die Pillen in grösserem Umfang zu produzieren. In der Sowjetunion begann man erst 1965 mit den Experimenten für die Babypillen-Herstellung in Leningrad und in Tbilissi. Sie kommen jetzt auf den Markt und können nur in Apotheken verkauft werden, wenn der Arzt sie verordnet. Sowjetische Mädchen unter 15 Jahren können vom Arzt kein Rezept für sie erhalten. Polen hat soeben mit der Herstellung von Anti-Babypillen begonnen, und Ungarn exportiert sie sogar in andere Ostblockstaaten. Rumänien ist das einzige Land, das sich dem in den übrigen Bruderländern herrschenden Drang zur Pille nicht angeschlossen hat.

#### Für die Arbeitskräftebilanz ist die technische Entwicklung wichtiger als die demographische

Die wirtschaftlichen Folgen der demographischen Bedingungen sind in den einzelnen osteuropäischen Staaten recht verschieden. Während in der DDR, der CSSR und in Ungarn der demographische Druck auf den Arbeitsmarkt kei-

Die sowjetische Aussenpolitik im Lichte der eigenen Losungen

## Lagerinterne Differenzierungen

Von Laszlo Revesz

Die zu bestimmten Anlässen herausgegebenen aussenpolitischen Losungen der Sowjetunion zeigen die Flexibilität der sowjetischen Aussenpolitik sowohl in Richtung der sogenannten sozialistischen Länder als auch in Richtung der «kapitalistisch-imperialistischen» Staaten und der Dritten Welt. In dieser Folge ist davon die Rede, wieweit sich die Beziehungen Moskaus zu den angeblichen Brüdernationen in den offiziellen Slogans widerspiegeln.

Was die Struktur des «sozialistischen Teiles» der Losungen betrifft, fällt besonders folgende Aenderung ins Auge: Von Stalins Zeiten an bis zum Ende der fünfziger Jahre war der erste aussenpolitische Punkt immer «den für Frieden, Demokratie, Sozialismus und gegen den Krieg kämpfenden Völkern» gewidmet (2/1941, 2/1951 usw.), wenn auch mit gewissen Aenderungen.

Schon 1958 wurde die Einheit und Solidarität der Arbeiterbewegung als Zentralproblem betrachtet und mit ihr der aussenpolitische Teil eröffnet: «Die militante Solidarität der internationalen Arbeiterklasse ist das Pfand der unbesiegbaren Sache der Demokratie und des Sozialismus. Höher das Banner des proletarischen Internationalismus.» Vier Monate vorher, am 17. Juni 1958, hatte man die führenden Persönlichkeiten der ungarischen Revolution im Zeichen des einseitig von Moskau ausgelegten proletarischen Internationalismus hingerrichtet!

1959 hat man schon nicht einmal die internationale Arbeiterklasse, sondern direkt die kommunistische Bewegung hervorgehoben, weil durch das Erwachen Chinas die Einheit der von Moskau dirigierte kommunistische Bewegung gefährdet wurde.

Nach dieser Einführung des aussenpolitischen Teiles kommt das wichtigste Glied der «internationalen revolutionären Bewegung», das soziali-

stische Lager. Zu Stalins Lebzeiten hatte man ihm nur eben einige Punkte gewidmet: ein gemeinsamer Punkt allen Volksdemokratien, und darüber hinaus ein eigener Punkt dem «grossen chinesischen Volk». Bis 1953 war auch Korea ein eigener Punkt gewidmet (6/1949, 5/1951, 6/1953). 1956 erfolgte eine Aufwertung der «verbündeten» Volksdemokratien, wahrscheinlich unter dem Druck der revolutionären Gärung in Polen und Ungarn. Am 30. Oktober 1956 erliess die Sowjetregierung eine Erklärung, in welcher sie die bisherige Behandlung der Satelliten kritisierte und für die Zukunft eine bessere Behandlung der «Verbündeten» versprach (fünf Tage nachher wurde aber den Sowjettruppen zum zweiten Male der Befehl erteilt, die ungarische Revolution niederzuwalzen!). Dieser Erklärung entsprechend wurden die Satelliten im einzelnen aufgezählt, und zwar mit China an der Spitze (1956—1966).

### Tito: Faschist und Sozialist

Was die Berücksichtigung der einzelnen sozialistischen Länder betrifft, fällt in erster Linie die unterschiedliche Stellungnahme zu Jugoslawien ins Auge. Es hiess in Punkt 7 der 1949er Liste: «Gruss den Völkern Jugoslawiens, welche einen Befreiungskampf gegen das faschistische Regime der Tito-Clique, gegen die Lakaien

des Imperialismus führen». Der gleiche Gedanke kommt ebenfalls im Punkt 7 der 1951 erlassenen Liste in folgenden Worten zum Ausdruck: «Gruss den ruhmvollen jugoslawischen Patrioten, die einen Befreiungskampf gegen das faschistische System der Tito-Clique, für die Befreiung ihres Landes von der Abhängigkeit von den Imperialisten führen.»

Stalin starb am 5. März 1953, und die sowjetische Politik in Richtung Jugoslawien nahm sofort eine neue Wendung. Aus dem «faschistischen Regime» wurde plötzlich ein «sozialistisches Regime», und die früher als «Lakaien des Imperialismus» bezeichneten jugoslawischen Führer wurden als angesehene Leiter des sozialistischen Aufbaues vorgestellt. Die «Chruschtschewschina» fing anfangs September 1953 an, nachdem Chruschtschew vom Plenum des alten ZK zum Ersten ZK-Sekretär gewählt worden war. Da der Weg zu Jugoslawien noch nicht geebnet war, blieb Jugoslawien 1953 im aussenpolitischen Teil der Losungen einfach unerwähnt. 1955 figuriert Jugoslawien auf der Liste der aussenpolitischen Losungen, aber immer noch in einer sehr vorsichtigen Form, weil die Stalinisten im obersten Parteigremium noch sehr stark vertreten waren. Jugoslawien wurde nach dem Moskauer Block, aber vor Finnland und Oesterreich im Punkt 13 angeführt: «Gruss den Völkern der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien. Es festige sich und blühe die brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Sowjetunion und Jugoslawiens.» Während an die volksdemokratischen Völker ein «brüderlicher» Gruss gerichtet wurde, liess man bei Jugoslawien das Wort «brüderlich» weg. Man konnte doch nicht sofort erklären, dass das vor drei Jahren noch faschistische jugoslawische Regime den Sozialismus aufbaue!

Im Jahre 1956 anerkannte man bereits (trotzdem Jugoslawien den ersten Eingriff der Sowjettruppen in Ungarn am 23./24. Oktober missbilligte), dass auch Jugoslawien ein den Sozialismus aufbauendes Land sei. Während man 1955 auch in der Anrede einen Unterschied zwischen den Volksdemokratien und Jugoslawien machte, indem man den Volksdemokratien einen «brüderlichen Gruss» schickte (Punkt 8), verschwand dieser Unterschied 1956 vollständig. Der Text war 1956 (Punkt 29) genau der gleiche wie der den volksdemokratischen Staaten gewidmete Text: «Brüderlicher Gruss an die Werktätigen Jugoslawiens, die den Sozialismus bauen. Es lebe die unerschütterliche Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker der Sowjetunion und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien.»

1958 ging die Annäherung noch weiter, und schon wurde der gemeinsame Kampf beider Völker für Frieden und Sozialismus hervorgehoben: «Brüderlicher Gruss an die Werktätigen der Föderativen Republik Jugoslawien. Es festige sich die Freundschaft des sowjetischen und jugoslawischen Volkes im Interesse des Kampfes für Frieden und Sozialismus.»

Jugoslawien wurde also der Form des Textes nach zum «Kampfgefährten». 1960 begann die Sowjetunion, Chruschtschews bombastischem Stil folgend, die «ewige und unerschütterliche Freundschaft und Zusammenarbeit» mit den zum sozialistischen Lager gehörenden Ländern und Völkern hochleben zu lassen. Zuerst wurde aber gegenüber Jugoslawien nur eine einfache (und nicht die «ewige») Freundschaft und Zusammenarbeit deklariert (Punkt 25/1960). Dies

### Das Gespenst der Vergreisung

(Fortsetzung von Seite 4)

nen nennenswerten Druck ausübt, haben Polen, die Sowjetunion, Rumänien, Albanien und in geringerem Masse Bulgarien überschüssige Arbeitskräfte. Die Arbeitsreserven stecken zum grossen Teil in der Landwirtschaft.

Das Problem der überschüssigen Arbeitskräfte kann aber nicht ausschliesslich durch Intensivierung der Landwirtschaft gelöst werden. In diesen Ländern ist es notwendig, noch mindestens innerhalb von 10 Jahren ein hohes Entwicklungstempo der Industrie aufrechtzuerhalten, sogar durch Beschränkung des für den Verbrauch bestimmten Teils.

Es entstand die Frage, ob im Rahmen des sozialistischen Lagers nicht das Prinzip der freien Bewegung der Arbeitskräfte aus relativ unterentwickelten Ländern nach Ländern, wo ein Arbeitskräftemangel auftritt, Anwendung finden sollte. Aus Bulgarien sind bereits von 1956 bis 1957 rund 35 000 junge Menschen in die Sowjetunion zur Arbeit gefahren. Ungarische Jugendliche arbeiten neuerdings in der DDR, und man sucht auch anderswo Mittel zur Entlastung des Drucks auf dem Arbeitsmarkt. Man wirft jedoch gleichzeitig dagegen ein, dass die Emigration nach Arbeit die Bevölkerungsstruktur stört und den natürlichen Zuwachs mindert.

Die Unruhe um die sinkenden Geburtsraten beschäftigt indessen nicht nur die Oekonomen, sondern auch die Politiker und Militärs in den Ostblockstaaten und besonders in der Sowjetunion. Bereits Chruschtschew hatte die Idee, durch einen wachsenden und mit allen Mitteln forcierten Bevölkerungsüberschuss einen Ueberdruck Chinas auf die östlichen, fast menschenleeren Gebiete Russlands abwehren zu können. Dieser Traum dürfte auf Grund der letzten sowjetischen Angaben ausgeträumt sein, während die Bevölkerung Chinas wahrscheinlich rasch zunimmt. In der besonders gefährdeten Mongolischen Volksrepublik leben auf 1,6 Millionen Quadratkilometer Fläche nur 1,2 Millionen Einwohner, also pro Quadratkilometer weniger als eine Person, während das benachbarte chinesische Boot langsam voll wird. Die sowjetischen Marschälle geben sich besonders sorgenvoll, wenn sie sich die sinkenden Zahlen der ausgehobenen Rekruten ansehen und zugleich an ihre Pläne zur Entwicklung der sowjetischen Streitkräfte und an ihre Aufgaben bei der Weltrevolution denken.

Die Bevölkerungspolitik lässt im Unterschied zur Aussen- oder Innenpolitik nicht so grosse Manipulationsmöglichkeiten zu. Bei allen staatlichen Massnahmen treten hier neben der objektiven auch die subjektiven Faktoren als dominierend hervor.